

ausfälle aus Rohstoffexporten. Wenn dem radikalen Islam – und das wäre eventuell Teil einer Antwort – der Nährboden entzogen werden soll, müssen die Entwicklungsanstrengungen so verstärkt werden, dass der fortschreitenden Verarmung Einhalt geboten wird. Die Zusammenlegung der Haushalte für Entwicklungszusammenarbeit mit dem Süden und dem europäischen Osten, die umstandsloses weiteres Verschieben der Mittel nach Osten erlaubt, ist da ein falsches Signal. Natürlich bedeuten mehr Mittel nicht automatisch mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität für alle. Vielleicht muss künftig verstärkt darüber nachgedacht werden, wie energischer gegen selbstherrliche Politikereliten vorgegangen werden kann, denen die Entwicklungsperspektiven ihrer Länder relativ gleichgültig sind.

Die entscheidende Frage, die der Westen und allen voran die USA beantworten muss, lautet also: Soll die bisherige ungleichgewichtige, selektive und exklusive internationale Politik fortgesetzt werden oder sollen stattdessen andere Wege gegangen werden, insbesondere was die Rolle der Vereinten Nationen und die internationale Entwicklungszusammenarbeit angeht? Von der Beantwortung dieser Frage wird auch abhängen, ob die Auseinandersetzung mit religiösem Fundamentalismus letztlich ausschließlich oder vorwiegend auf militärischem Weg weiter geführt wird.

DIETMAR DIRMOSER:

Öffentliche Debatte oder abgeschirmter Regierungsdiskurs?

Was am 11. September in New York und Washington geschah war schlimm: an hochgradig symbolhaften Orten westlicher Metropolen inszenierten Terroristen Massenmord- und Mega-Zerstörung. Doch weitaus schlimmer ist offenkundig für zahlreiche Zeitgenossen, was in den Attentaten aufscheint. Viele sehen in ihnen eine Art Wetterleuchten der Apokalypse, nämlich die Möglichkeit, dass die westliche Zivilisation zerstört und die globalisierte Marktökonomie ruiniert werden könnte. Nach den neuerdings denkbar gewordenen Szenarien könnte die nächste Attacke einem Atomkraftwerk gelten, oder der Trinkwasserversorgung einer Millionenstadt. Sie könnte in der Auslösung einer Pockenepidemie bestehen, oder darin, dass Selbstmordattentäter chemische, biologische oder Nuklearwaffen in Ballungsräumen einsetzen, in oder

außerhalb der USA. Im Gefolge solcher Aktionen würden nicht nur ganze Gesellschaften zur Unkenntlichkeit verändert, sondern auch die Wirtschaftstätigkeit bräche auf ruinöse Weise ein.

Diese neue und unerhörte Gefährdungsdimension in der Weltrisikogesellschaft, die die kollektiven Erwartungshorizonte umgepflügt hat, ist allerdings bislang rein hypothetisch. Zwar haben am 11. September die Sicherheitssysteme versagt, doch hat der Staat, weder in den USA noch anderswo, seine Handlungsfähigkeit verloren. Die Fähigkeit der Wirtschaft, Güter zu erzeugen und sie dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden, ist nicht beeinträchtigt; die direkten Zerstörungen dürften jene nach dem großen Erdbeben von 1994 in Südkalifornien kaum übersteigen. Und sollte die Attacke auch der Schubs gewesen sein, der die schwächelnde Weltwirtschaft in die Rezession abrutschen lässt, so gibt es keinen Hinweis darauf, dass sich diese Rezession nicht bewältigen ließe, wie die Rezessionen von 1975, 1982 und 1991 bewältigt wurden. Doch nicht einmal dann, wenn ein Teil der schlimmsten Befürchtungen Wirklichkeit werden sollte, steht von vornherein fest, dass die westlichen Ökonomien und Gesellschaften, die mit Kriegen und Naturkatastrophen fertig geworden sind, nicht auch diese Krise meistern können. Die neuen – hypothetischen – Gefahren treffen offenbar auf eine markant pessimistische Grundstimmung.

Alles andere als hypothetisch ist indes der Schock der Demütigung und Verunsicherung der amerikanischen Gesellschaft, die sich im eigenen Land vor Attacken von außen stets sicher fühlen konnte. Nach 1814, als britische Truppen Washington in Brand steckten, mussten sich die USA nie wieder mit einem externen Feind innerhalb der eigenen Grenzen auseinandersetzen. Der Schock trägt dazu bei, dass die Gefahren zu einem Faktor in der Wirklichkeit werden, denn auch hypothetische Risiken sind reale Risiken. Die größte Gefahr ist nicht das Risiko selbst, sondern seine Wahrnehmung, warnt Ulrich Beck, und fügt hinzu, Gefahrenphantasien können leicht Gegenmittel freisetzen, die die moderne Gesellschaft ihrer Handlungsmöglichkeiten berauben. Auch Paul Krugman warnt. Er spricht in der *New York Times* von einer »fear economy«: Unternehmen, die über die möglichen Folgen der Krise besorgt sind, streichen ihre Investitionspläne zusammen und schaffen dadurch ein neues Risiko, nämlich das, dass sich ihre Befürchtungen in eine self-fulfilling prophecy verwandeln.

Bei der Einschätzung der Gefahren und der Abwägung der Risiken, sowie bei der Wahl der Gegenmittel hat der Westen die Initiative und

Federführung bislang den USA überlassen. Die Vereinigten Staaten haben in Form der vom Präsidenten selbst so getauften Bush-Doktrin gleich eine komplette Weltsicht geliefert, eine äußerst simple zwar, doch eine, die universale Geltung beansprucht. Die Essenz dieser Doktrin besteht darin, die Staaten der Welt nach gut und böse zu sortieren. Gut steht für die Zivilisation schlechthin, böse für das »Schattenreich des internationalen Terrorismus«, jene »Geißel der Menschheit«, die es zu eliminieren gelte. Und eliminiert werden sollen nicht nur Terrornetzwerke, sondern alles, was die terroristischen Strukturen begünstigt oder fördert. Wer Terrorist ist und wer nicht, welche Staaten als Unterstützerstaaten einzustufen sind und welche nicht, welche Maßnahmen – einschließlich Militäraktionen – wann zu ergreifen sind, das bestimmen im Zweifelsfall einseitig die Vereinigten Staaten. Da rasch und entschlossen gehandelt werden müsse, so Militärplaner hinter vorgehaltener Hand, dürften sich die USA nicht in multilateralen Prozeduren verzetteln.

Abseits stehen oder Neutralität sind nach der Bush-Doktrin nicht erlaubt. Seit seiner Kongress-Rede am 20. September wird der Präsident nicht müde zu wiederholen: »Entweder ihr seid auf unserer Seite oder auf der der Terroristen.« Ausgehend von dieser Position zimmerte Colin Powell mit Hilfe von Drohungen, Geld und Argumenten eine breite Anti-Terrorismus-Koalition zusammen. Darin deuten sich Strukturen und Mechanismen einer neuen polarisierten Weltordnung an, die aus der Bush-Doktrin entspringt. Die falsche Seite zu wählen, werde die betreffenden Staaten teuer zu stehen kommen, so der US-Präsident vor der UNO-Vollversammlung. Wer aber kooperiert, wird belohnt: Pakistan erhält für seinen Frontwechsel immerhin eine Milliarde US-Dollar. Doch bereits nach wenigen Wochen des angeblich auf Jahre ausgelegten Anti-Terror-Krieges rumort es in der Allianz. Viele Mitglieder sind weder zu blindem Gehorsam bereit, noch dazu, ihre Zweifel und Vorbehalte auf die Dauer herunterzuschlucken.

In der Bush-Doktrin wird der komplexe Entstehungs- und Ursachenzusammenhang des fundamentalistischen Terrorismus auf simple Gegensätze eingedampft. Das hat in den USA eine lange Tradition. Ronald Reagan prägte für die Sowjetunion den Begriff »Reich des Bösen«. In Samuel Huntingtons Kampf der Kulturen lautet die Formel: »The West against the Rest«. Huntingtons Thesen, die laut »Foreign Affairs« eine ungleich größere Resonanz erzielten als jemals ein Beitrag zur internationalen Politik, hat die Autoren des neuen Diskurses der US-Regierung unüberschbar beeinflusst und inspiriert.

Simple Theorien mögen marktgängig und medienwirksam sein und es der US-Administration erleichtern, die ökonomischen und politischen Ressourcen zu mobilisieren, die für eine langdauernde militärische Auseinandersetzung in fernen Gefilden nötig sind. Ihre Anwendung beginnt mit der Propagierung griffiger Formeln, könnte aber leicht mit schrecklichen politischen und militärischen Irrtümern enden, denn Erklärungen, die der Komplexität der Wirklichkeit nicht gerecht werden, sind zumeist falsch und Handlungen, die darauf bauen, gehen notwendig in die Irre. Doch auf die Plausibilität und Konsistenz von Erklärungen kommt es möglicherweise gar nicht an. Die Bush-Doktrin ist viel zu vage, als dass damit diskutierbare Aussagen über die Wirklichkeit generiert werden könnten und bislang ist auch niemand in der Administration in Erscheinung getreten, der willens oder in der Lage wäre, differenzierte Fundierungen für das, was getan wird, nachzuliefern. Deshalb ist der Verdacht nicht ganz von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Bush-Doktrin in erster Linie um ein Instrument handelt, das das Regierungshandeln gegen die öffentliche Debatte abschirmen und gegen interne und externe Kritik immunisieren soll. Hinter diesem Schirm kann die Administration in aller Ruhe Punkte der politischen Agenda abarbeiten, die bislang durch politische Gegengewichte und die Öffentlichkeit blockiert oder konditioniert waren. Der Terminus »Schurkenstaat« gehört seit geraumer Zeit zum Vokabular der US-Außenpolitik. Und dass gegen solche Staaten und von ihnen unterstützte Terrorgruppen nicht nachdrücklicher militärisch vorgegangen wurde, entspringt weniger Überzeugungen als außenpolitischen Opportunitätskalkülen sowie der Wirkung interner Gegengewichte.

Ein weiteres Indiz für die Abschirmungsfunktion des Regierungskurses ist die offizielle Informationspolitik. Im Zweiten Weltkrieg und im Vietnamkrieg gab es unabhängige Kriegsberichterstatter. Ihre Arbeit ermöglichte es, zumindest nachträglich, militärische Fehler, Verstöße gegen Normen oder die Verschwendung von Steuergeldern öffentlich zu diskutieren. Die Bürger hatten die Chance, selbst in extremen Situationen ihre Regierung zu kontrollieren. Beim derzeitigen Krieg ist die Öffentlichkeit von den Informationen über das Geschehen an und hinter den Fronten abgeschnitten, und unabhängige Informationen werden auch nach Beendigung des Konflikts nicht zur Verfügung stehen.

All dies ist möglicherweise ausgesprochen kontraproduktiv, denn es unterhöhlt die Glaubwürdigkeit der Anti-Terrorismus-Politik in den Gesellschaften des Bündnisses und in der arabischen Welt ohnehin. In

großen Teilen der Welt gibt es ein dringendes Bedürfnis und einen weitreichenden Konsens über die Notwendigkeit, die Strukturen zu demonstrieren, die Aktionen wie jene am 11. September hervorbringen, und die Gesellschaften wirksam vor jenen zu schützen, die mit Zündholz und Bombe bereitstehen. Doch dieser Konsens, sowohl der politische der Staaten als auch der innerhalb der Gesellschaften kann nur halten, wenn die Frage der Zweckmäßigkeit von Aktionen und der Verhältnismäßigkeit der Mittel zum Gegenstand einer offenen und öffentlichen Diskussion werden. In den Beziehungen zwischen den Staaten taugen dafür multilaterale Aushandlungsmechanismen allemal mehr als der Unilateralismus des »Wir gegen Sie«.

Der Islam ist mit über einer Milliarde Anhänger in 184 Staaten nach dem Christentum die größte Glaubensgemeinschaft. Neben dem islamischen Fundamentalismus gibt es den protestantischen, katholischen, jüdischen, hinduistischen und vermutlich weitere. Jede der Weltreligionen hat ihre dunkle Unterseite, ihren inneren Mars. Was kann getan werden, um dem eigenen und dem fremden Aberglauben mit der Waffe der Analyse und Kritik entgegenzutreten? Jürgen Habermas hat in seiner Friedenspreisrede darauf hingewiesen, am 11. September sei nicht etwa ein Konflikt zwischen traditionaler und moderner Gesellschaft aufgebrochen, sondern es sei die Spannung zwischen säkularer Gesellschaft und Religion explodiert, eine Spannung, die es sowohl in der christlichen wie der islamischen Welt gibt, und für die beide eine gemeinsame Sprache finden können und müssen. Letztlich ist die Zivilisation der Aufklärung nur dadurch wirksam zu verteidigen, denn sie ist, so Thomas Schmidt, im Kern auf ewigen Frieden angelegt.

WINFRIED VEIT:

Mit dem fundamentalistischen Terror leben

Hat sich die Welt seit den Terroranschlägen von New York und Washington tatsächlich fundamental verändert, wird nichts mehr so sein, wie es war? Zumindest die ersten Reaktionen der Politiker und die Schlagzeilen der Massenmedien legen diese Sichtweise nahe. Doch schon die danach folgende Debatte über Ursachen und Konsequenzen der Anschläge kommt einem allzu bekannt vor: beim Schlagabtausch der Argumente zumindest ist alles beim Alten geblieben. Wie eh und je tra-